



RADLOBBY.AT

Manifest für ein radverkehrs freundliches Österreich



Manifest für ein radverkehrsfreundliches Österreich

Mit diesem **Zehn-Punkte-Forderungskatalog zur Förderung des Radverkehrs** wenden sich Österreichs RadfahrerInnen an die Öffentlichkeit und an Parlament, Ministerien und Landesregierungen. Ziel des Grundlagenpapiers, das von der Radlobby IG Fahrrad gemeinsam mit der Plattform Radlobby.at, der Wiener Zeitung als Medienpartner und zahlreichen Beiträgen aus der Öffentlichkeit erarbeitet wurde, ist ein starker gemeinsamer **Standpunkt zu den nötigen Verbesserungen für Österreichs AlltagsradfahrerInnen** zu entwickeln.

1. Menschenfreundliche Verkehrsgestaltung

Eine Verkehrspolitik, die Lebensqualität und Sicherheit der gesamten Bevölkerung aller Altersstufen hebt, ist eine der zentralen Aufgaben aller politischen Entscheidungsträger auf Ebene des Bundes, der Länder und der Gemeinden. Im Sinne der Erreichung von Klimazielen und von international angewandten Konzepten wie der „Vision Zero“ mit dem Ziel der Vermeidung tödlicher Verkehrsunfälle ist das Alltagsverkehrsmittel Fahrrad ein unverzichtbarer Beitrag. Es verdient umfassende Förderung und die besten Rahmenbedingungen.

2. StVO-Reform

Um das Radfahren als umweltfreundliche, gesunde und energieautarke Form der Fortbewegung zu stärken und die Sicherheit der RadfahrerInnen zu verbessern, braucht es eine zeitgemäße, verbesserte Straßenverkehrsordnung. Moderner, konfliktfreier Radverkehr benötigt die Beseitigung der diskriminierenden Nachrangregelungen, die Aufhebung der kontraproduktiven Radwegbenutzungspflicht und die Einführung von Fahrradstraßen, Begegnungszonen und Radschnellrouten sowie die nötige Umgestaltung der Fahrradverordnung.

3. Tempo 30 im Stadtgebiet

Einer Empfehlung des EU-Parlamentes folgend, muss im Stadtgebiet grundsätzlich Tempo 30 gelten. Wie keine andere Maßnahme erhöht dies die Verkehrssicherheit für integrierten Radverkehr und für alle anderen VerkehrsteilnehmerInnen.

4. In Radinfrastruktur investieren

Österreich hat bereits eines der dichtesten Autobahnnetze Europas. Ein weiterer Ausbau ist angesichts ökonomischer Engpässe, ökologischer Bedenken und eines stetigen Anstiegs der Erdölpreise nicht sinnvoll. Ab dem Jahr 2013 sollten zumindest 5% der öffentlichen Ausgaben für Straßeninfrastruktur für zukunftsorientierte, qualitätsvolle Radverkehrslösungen aufgewendet werden.

5. Obligatorische Rad-Verträglichkeitsprüfung

Verpflichtende Fahrrad-Verträglichkeitsprüfungen bei Straßenbauprojekten steigern die Qualität der Infrastruktur und ermöglichen ein konfliktfreies Miteinander. In Planung befindliche und bestehende Straßen sind anhand derselben Kriterien unter Einbindung von Radverkehrs-Interessenvertretungen zu evaluieren und zu planen.

6. Radabstellanlagen

Die gesetzliche Verpflichtung zum Bau ausreichender Radabstellanlagen in Wohn- sowie Gewerbebauten muss mit konkreten Stellplatzzahlen in den betreffenden Landesgesetzen verankert werden. Ausschließliche Bestimmungen zum Bau von KFZ-Stellplätzen sind nicht zeitgemäß.

7. Ursachenforschung bei Radverkehrsunfällen

Nur bundesweite, umfassende und unabhängige Detailuntersuchungen von Radverkehrsunfällen ermöglichen eine genaue, objektive Analyse von Unfallursachen. Die Erkenntnisse müssen in eine sicherheitsorientierte Verkehrsgestaltung statt in ineffiziente Unfallfolgenbekämpfung wie z. B. die Helmtragepflicht münden.

8. Radfreundliche Wirtschaft und Verkehrsbetriebe

Wirtschaft und Verkehrsbetriebe sollen dazu angehalten und dabei unterstützt werden, das bestmögliche Service für ihre Rad fahrenden KundInnen und MitarbeiterInnen zu bieten. Das betrifft vor allem qualitätsvolle, sichere Abstellanlagen in ausreichender Anzahl, Service-Einrichtungen sowie Radmitnahmemöglichkeiten bei Bus und Bahn.

9. Radverkehrsbeauftragte

Alle Städte und Gemeinden benötigen eineN kompetenteN RadverkehrsbeauftragteN, der vor Ort für die bestmöglichen Verkehrsbedingungen für RadfahrerInnen sorgt.

10. Reform der Führerscheinausbildung

Die Führerscheinausbildung für KFZ-LenkerInnen muss die Präsenz von Radverkehr stärker berücksichtigen. Zum besseren Verständnis der Radfahrsituation durch Perspektivenwechsel können verpflichtende Einheiten von Radfahrstunden in der Führerscheinausbildung beitragen. Öffentliche Angebote für freiwillige Radfahrendenschulungen sollten diese Maßnahme ergänzen.

Radlobby IG Fahrrad für Radlobby.at, Mai 2012, lobby.ig-fahrrad.org/manifest/